

# Behindertenrat Nürnberg (BRN) – Plenumssitzung

Datum: Montag, 21. Februar 2011

Ort: Nachbarschaftshaus Gostenhof, großer Saal

Zeit: 18:30 Uhr bis 20:45 Uhr

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste, davon Gäste:

Barbara Titzsch (Behindertenbeauftragte des Bezirks)  
Dieter Maly  
Norbert Roth  
Lothar Wüstner

## TOP 1 Organisatorisches

- Begrüßung der Teilnehmer des Behindertenrats und der Gäste durch Herrn Weber.
- Das Protokoll der letzten Sitzung wird angenommen.
- Ausschuss Bildung und Kultur hat per E-Mail um Aussprache zum Logo gebeten – wird auf die Tagesordnung aufgenommen.
- Die Einladungen und Protokolle zu den Plenumssitzungen sollten satzungsgemäß (frühzeitiger) erfolgen.

## TOP 2 Behindertenbeauftragte des Bezirks

Herr Frank

(Sprecher AG Finanzen)

Herr Frank erklärt kurz, warum Frau Titzsch eingeladen wurde. Sie wird als Behindertenbeauftragte des Bezirks über das Gutachten des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes bezüglich der Finanzierung der Eingliederungshilfe berichten.

Frau Titzsch:

Vom Bezirk wurde beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband ein Gutachten über mögliche Einsparungen in Auftrag gegeben. Hintergrund ist die Erhöhung der von den Städten und Landkreisen für den Bezirkshaushalt zu zahlenden Umlage um 4,8 Prozent. Nach Frau Titzsch stellt das Gutachten fest, dass Mittelfranken im Vergleich der Bezirke die höchsten Fallzahlen pro Kopf der Bevölkerung hat. Das sind aber Rechtsansprüche der Betroffenen. Beim Vergleich der pro „Hilfempfänger“ anfallenden Kosten – und dies sei für sie die entscheidende Größe – liege Mittelfranken aber im Mittelfeld der bayrischen Bezirke.

Unter anderem schlagen die Prüfer vor, das Prinzip „ambulant vor stationär“ zu forcieren und zu stärken. Die Maxime ist: Es werden weniger stationäre Plätze gebaut bzw. angeboten. Wann immer ambulant möglich ist, sei diese Art der Hilfe zu bevorzugen. Aber alles ambulant zu machen, ist laut Frau Titzsch nicht möglich und

macht auch keinen Sinn. Zu stärken sei die Wahlfreiheit der Betroffenen.

Die Oberbürgermeister der Städte Schwabach, Erlangen, Nürnberg und Fürth schrieben einen „Mahnbrief“ zu den Ausgaben des Bezirks. Laut Frau Titzsch sei es aber nicht möglich, dass der Bezirk per Beschluss weniger zahlt, da es Leistungsvereinbarungen mit den Leistungserbringern und gesetzliche Regelungen gibt. So lange es – bei Kündigung der Leistungsvereinbarungen durch den Bezirk – nicht gelinge, neue Verträge auszuhandeln, seien die alten Verträge bindend.

Die finanzielle Situation wurde für den Bezirk Mittelfranken vor allem schwierig, weil ihm von Seiten des Landes Bayern die Ausgleichsmittel stark gekürzt worden sind (zu Gunsten der anderen Bezirke). Hier wird zunehmend bei der Zuteilung der Ausgleichsmittel von Seiten des Landes Bayern nicht mehr die Fallzahl, also die Anzahl der Hilfeempfänger zugrunde gelegt, sondern die Bevölkerungszahl.

- Frau Dittrich-Leonhard: Ist es sinnvoll bzw. wichtig, dass der Behindertenrat ein Votum z. B. bezüglich des Fahrdienstes an den Bezirkstag richtet? Hier geht es ja um eine Richtlinie, die der Bezirkstag sehr schnell zu Lasten der Nutzer verändern kann. Der Prüfbericht moniert hier auch die erhöhten Einkommens- und Vermögensgrenzen der Fahrdienstrichtlinie.
- Frau Titzsch: Sie empfiehlt, die Mitglieder des Sozialausschusses anzusprechen bzw. sich mit ihnen in Verbindung zu setzen bezüglich des Themas Fahrdienst (die Mitglieder sind zu finden unter [www.bezirkmittelfranken.de](http://www.bezirkmittelfranken.de)).
- Frau Dr. Jauch: Sie fragt, warum in anderen Bezirken so wenig Widerstand von den Behinderten kommen würde?
- Frau Titzsch: Jeder Bezirk ist selbstständig und regelt das anders.
- Herr Bischoff: Der Kostenaufwand für die Überprüfung der Einkommensgrenzen beim Fahrdienst sei viel zu hoch.
- Frau Titzsch: In Mittelfranken nutzen unter 3.000 Personen den Fahrdienst. Dieser Haushaltsposten ist im Verhältnis zu anderen Punkten nur eine Kleinigkeit, das sei mehr eine politische Angelegenheit.
- Herr W. Förtsch: Der Fahrdienst für Kursangebote (z. B. zum Bildungszentrum) soll gekürzt werden. Es kursiert die Information, dass nur noch 60 Fahrten im Jahr, also 30 Kurstermine genehmigt werden.
- Frau Titzsch: Sie hat gehört, dass das so kommen soll. Aber das Alles braucht eine politische Mehrheit und sie glaubt nicht, dass diese zustande kommt.
- Herr Berr: Der Vorstand kündigt an, Frau Titzsch eine E-Mail zu schicken mit allen Fragen bezüglich Fahrdienst, Problemen, Befürchtungen usw.

- Frau Titzsch: Fahrten zu beruflicher Fortbildung sind nicht der Sinn der Eingliederungshilfe, dafür sind Integrationsamt oder Arbeitsamt zuständig. Ziel ist, dass von jedem Punkt in Mittelfranken der Hauptbahnhof zu erreichen ist. Urlaubsfahrten dürfen nicht gemacht werden, Freizeit ist nicht Urlaub.
- Frau Dittrich-Leonhard: Es geht um Teilhabe in Sachen Freizeitgestaltung, gute Einrichtungen sind nicht zwangsweise nur in unmittelbarer Nähe, sondern es muss auch möglich sein, einen Besuch z. B. in Regensburg machen zu können. Auch ein Urlaub an der Ostsee beispielsweise muss dazu gehören. Dies ist nach der derzeit geltenden Richtlinie auch möglich. Es ist die Entscheidung des Menschen mit Behinderung, wie er seine Fahrten einsetzen möchte.
- Herr Wüstner: Die zuständige, vom Bezirk eingerichtete Arbeitsgruppe hat sich in ihrer gemeinsamen Sitzung mit der Verwaltung des Bezirks im Januar gegen Änderungen der Richtlinie ausgesprochen. Die zuständige Arbeitsgruppe ist der Meinung, dass Fahrten für behinderte Menschen bundesweit möglich sein müssen, es geht um Teilhabe im „Kulturraum Deutschland“.
- Herr Bischoff: Er befürchtet, dass der Fachbereich Behinderte/Nichtbehinderte beim BZ insgesamt stark abgespeckt werden wird.

### **TOP 3 Grundsätzliche Zuständigkeit des BRN**

Frage: Wie soll die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gremien des Behindertenrats sein?

- Ausschüsse mit dem Vorstand
- Ausschüsse mit Vereinen, Selbsthilfegruppen usw. (Öffentlichkeit)
- Die Ausschüsse sollen selbständig und unabhängig vom Vorstand arbeiten. Der Vorstand möchte lediglich über eventuelle Beschlüsse informiert werden. Bei größeren Vorhaben (z. B. Teilnahme an großen Veranstaltungen, Demonstrationen usw.) soll bzw. muss eine Absprache mit dem Vorstand erfolgen.  
Bei Angelegenheiten, die die Außenwirkung des Behindertenrates betreffen, muss der Vorstand eingebunden werden.  
Wenn der jeweilige Ausschuss Korrespondenz selbst verfassen möchte (mit Briefkopf usw. und Namen des Ausschussvorsitzenden) ist das prinzipiell möglich. Auch eine Antwort direkt an den Ausschussvorsitzenden ist erwünscht bzw. möglich.
- Eine Anfrage aus der Öffentlichkeit wird vom Vorstand an die Sprecher des entsprechenden Ausschusses weitergeleitet. Die Ausschüsse können dann bei Bedarf selbst Fachleute zur Beantwortung hinzuholen bzw. die Anfragen selbst beantworten.
- Diskussion:
  - Herr Roth (Behindertenbeauftragter des Sozialamts) hat die Federführung einer Fachgruppe aus Verbänden und Betroffenen zum Thema Barrierefreiheit und Nahverkehr. Hintergrund ist, dass eine Anhörung bei Verkehrsprojekten stattfinden muss, um die Barrierefreiheit bei den Projekten sicherzustellen. Die Verkehrsunternehmen (z. B. VAG, Deutsche Bahn) benötigen die Stellungnahme der Fachgruppe und die Zustimmung durch Herrn Roth in seiner Eigenschaft als Behindertenbeauftragter des Sozialamtes, um die staatlichen Zuschüsse für das Projekt bewilligt zu bekommen.

- Herr Berr: In der Sitzung des Vorstands mit den Ausschussvorsitzenden wurde besprochen, dass als erstes der Behindertenrat der Ansprechpartner ist und in der Satzung sei das auch so vorgesehen. Danach ist dann der jeweilige Ausschuss zuständig, der die Fragen bzw. Angelegenheiten selbst klärt bzw. die entsprechenden Fachleute zu den Ausschusssitzungen einlädt. Der Behindertenrat ist der Ansprechpartner, wenn Anfragen herangetragen werden, die die Belange behinderter Menschen betreffen. Es wurde von Herrn Berr die Ansicht vertreten, dass an erster Stelle Herr Doubrava (Ausschussvorsitzender AS Barrierefreiheit öffentlicher Raum) für die Probleme und Fragen bezüglich der Thematik in diesem Bereich ist. So sollte er auch zukünftig der Ansprechpartner von Herrn Roth sein. Natürlich soll aber die Fachgruppe in ihrer Zusammensetzung weiterarbeiten.
- Herr Roth: Der Behindertenrat ist laut Satzung zuständig für die Stadt und deren Ausschüsse. Die VAG ist nicht städtisch in dem Sinn. Zuschüsse erhalten diese Partner nur nach Freigabe durch ihn. Er will die Fachgruppe beibehalten, der Behindertenrat ist bereits auf die Einladungsliste gesetzt worden und eingeladen mitzuarbeiten. Die Fachgruppe mache seit Jahren sehr gute Arbeit.
- Herr Doubrava: Die Angelegenheit muss mit Herrn Roth sauber geklärt werden. Bisher sei nach Gesprächen der Sachstand der, dass er als Vertreter des Behindertenrats in der Fachgruppe mitarbeite und Herr Roth die Federführung habe.
- Herr Berr: Laut Satzung sei es nicht vorgesehen, dass ein Mitglied des Behindertenrats als dessen Vertreter in dieser Fachgruppe mitarbeite und somit nur ein Mitglied unter vielen anderen Beteiligten ist. Laut Satzung ist es selbstverständlich, dass Herr Roth sich zuerst an den Behindertenrat wendet und dann so verfahren wird, wie es in der Satzung steht. Die Ausschüsse hätten die Kompetenz und geben ihr Votum ab und Herr Roth müsse sich daran halten.
- Herr W. Förtsch: In der Fachgruppe sind Vertreter auch von Organisationen, die die Interessen ihrer Mitglieder / Bewohner etc. in der Fachgruppe vertreten. Diese berechnete Vertretung kann der Behindertenrat nicht den Organisationen „wegnehmen“. Warum wird zu dieser Fachgruppe nicht jemand aus dem Behindertenrat dazu genommen?
- Herr Maly: Er schlägt vor, dass sich der Vorstand und die Vertreter des Sozialamtes schnellstmöglich zu einem klärenden Gespräch treffen. Dabei können bzw. sollen dann noch andere anstehende Dinge geklärt werden.

#### **TOP 4 Finanzausschuss Bezirk Mittelfranken**

Entscheidungen zu Vorarbeiten des Finanzausschusses und Reaktion des BRN.

- Der Ausschuss wird einen Formulierungsvorschlag bezüglich Erhaltung des Fahrdienstes verfassen und das Schreiben dem Vorstand vorlegen mit der Bitte um Freigabe und Weiterleitung. Das Schreiben soll u. a. an die Mitglieder des Sozialausschusses des Bezirks gehen.

## TOP 5 Berichte des Vorstandes

- Herr Storch: Mitglied des Teams, das die Geschäftsordnung (GO) entwerfen wird: Die Gruppe hat sich bis jetzt zweimal getroffen. Es wurde beschlossen, dass es keine eigenen GOs für Vorstand, Plenum und Ausschüsse geben soll, sondern eine GO für alle Ebenen. Als Inhalt sind vorgesehen eine Präambel, Aufgaben der Gruppen, Regularien, Sitzungszahl, öffentlich, nicht öffentlich usw. Es gibt bereits eine grobe Gliederung der GO, zum Vergleich wurden andere GOs, die es bereits für Behindertenräte in anderen Städten gibt, herangezogen. Sobald ein Entwurf formuliert ist, wird dieser im Plenum vorgestellt und kann dann ihm beschlossen werden.
- Frau Dittrich-Leonhard: Neujahrsempfang OB Dr. Maly:  
Es sei eine imposante Atmosphäre gewesen und auch relativ viele Mitglieder des Behindertenrats hätten daran teilgenommen. Bei der Begrüßung habe man jedoch vergessen, den neuen Behindertenrat zu nennen. Aber insgesamt sei die Veranstaltung sehr gelungen gewesen.
- Herr Weber: Neujahrsempfang SPD Fraktion:  
Es waren zahlreiche Mitglieder des Behindertenrats und auch einige Stadträte anwesend. Bei verschiedenen Gesprächen konnten erste Kontakte geknüpft werden und die Stadträte boten dem Behindertenrat gerne Mitarbeit und Hilfestellungen an.  
Anmerkung: Von den Grünen kam auch bereits eine Einladung.
- Herr Weber: Netscouts erarbeitete aus dem Stadtführer „Mobil in Nürnberg“ einen Webservice. Dafür wurden die im Buch aufgeführten Einrichtungen nochmals auf ihre derzeitige Barrierefreiheit hin überprüft und eine Datenbank erstellt die unter [www.mobil-in-nuernberg.de](http://www.mobil-in-nuernberg.de) im Internet zu finden ist.

## TOP 6 Berichte der Ausschussvorsitzenden

- Ausschuss Bildung und Kultur (BuK)

- Frau Fürst: Das Logo des Behindertenrats sei sehr unleserlich, weil es viele Schatten hat. Es muss für alle Menschen mit einer Behinderung gut zu erkennen und zu lesen sein. Schriftspiegelungen sind sehr schlecht zu lesen, werden nur im Detail und nicht als Ganzes wahrgenommen und wirken verschwommen. Der Wiedererkennungswert fehlt. Je klarer die Konturen, desto deutlicher ist die Lesbarkeit. Nur drei Behinderungsarten, wie in dem Dreieck auf dem Flyer angegeben, repräsentieren nicht alle Behinderungen. Am besten und lesbarsten seien die Schrifttypen Arial oder Verdana. Wichtig sind Schriften ohne Schatten und keine unterschiedlichen Höhen.
- Herr Berr: Das Dreieck sei bereits verworfen und es wird eine neue Gestaltung geben. Wenn Einladungen oder Ähnliches nicht lesbar seien, dann soll man sich bei Herrn Berr melden, damit er ein anderes Format verwendet.
- Frau Abend: Der Ausschuss trifft sich an jedem 2. Montag im Monat und hat sich mehrere Jahresziele gesetzt wie z. B. Barrierefreiheit bei Schulgebäuden und das Thema Mode. Die Mode für behinderte Menschen sei nicht besonders ansprechend und auch nicht preisgünstig. Man will versuchen, mithilfe von Designern, Sponsoren und einer Teilnahme an der Consumenta dieses

Problem bekannter zu machen. Es wird angestrebt, eine z. B. auch für Rollstuhlfahrer tragbare Mode zu entwerfen. Auch das Thema „Studium und Behinderte“ ist ein Punkt, mit dem sich der Ausschuss beschäftigt.

Herr Mertel: Weiteres Ziel ist das Forcieren der Sportangebote für Behinderte und Nichtbehinderte. Als Beispiel werden Flyer zu einem Thai Chi-Kurs am 27. Februar 2011 im Buni, Kultur- und Freizeittreff, Bertolt-Brecht-Straße 6, 90471 Nürnberg, verteilt. Der Ausschuss möchte gerne Qi Gong-Einführung anbieten, dies wird Frau Fürst übernehmen. Herr Mertel hatte Kontakt zum Behindertenbeauftragten der Bundesregierung. Er erkundigte sich nach Förderungsmöglichkeiten im Behindertensport. Dies sei bis jetzt nur im Leistungsbereich möglich. Die Voraussetzung für den Leistungssport ist allerdings zuerst ein Ausbau im Breitensport. Eine Forderung des Ausschusses ist dabei, dass sich die Vereine dazu mehr öffnen sollten.

- AS Barrierefreiheit öffentlicher Raum (BföR)

Herr Doubrava: Der Ausschuss hat sich bisher zweimal getroffen, beim ersten Mal ging es nochmals um die persönliche Vorstellung und welche Kompetenzen man in den Ausschuss einbringen kann. Beim zweiten Mal war Herr Rauhhut für die Gruppe der Schwerhörigen und Spätertaubten als Gast dabei, da diese Gruppe bzw. die Gruppe der Gehörlosen im Behindertenrat nicht vertreten ist. Auch bei diesen beiden Gruppen würde es gravierende Unterschiede geben. Wichtig für die Gruppe der Schwerhörigen und Spätertaubten sei es, Barrieren zu erkennen und das Forcieren von Induktionsanlagen bei neuen Anlagen. Herr Doubrava bat den Vorstand, den Behindertenausschuss bei der Stadt bzw. dem Verkehrsausschuss besser bekannt zu machen (im „Tiefbau“ und bei der „VAG“ wären die Kontakte da, beim „Hochbau“ würde der Behindertenrat noch nicht wahrgenommen). Wie die Stadt mit dem Umbau des „Plärrers“ bzw. wie sie während der Zeit mit den mobil eingeschränkten Menschen umgeht, die z. B. auf Rollator, Rollstuhl usw. angewiesen sind, ist noch nicht bekannt.

- AS Wohnraum für Behinderte (WRfB)

Herr Mertel: Das Treffen war zum ersten Mal am 17. Januar 2011. Diskussionspunkt waren die Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche und eine Anfrage bei der Stadt, um einen Überblick über barrierefreie Wohnungen zu haben, z. B. über Aufteilung, Größe der Zimmer usw. Wie viele Suchende gibt es zurzeit und wie wird die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage gelöst. Anfrage an den Bezirk: Wohnmöglichkeiten im ambulanten Bereich (für psychisch Kranke und junge Menschen mit Körperbehinderung).

- AS Arbeit und Soziales (AuS)

Frau Dr. Jauch: Die Integrationsberaterin der Stadt Nürnberg ist in Altersteilzeit und die Stelle soll nicht wiederbesetzt werden. Wie erfolgt in Zukunft die allgemeine Beratung zum Thema Schwerbehinderung? Frau Dr. Jauch macht dazu einen Formulierungsvorschlag. Es wird versucht, einen Kontakt mit der IHK herzustellen und von dort die Besetzung von Arbeitsplätzen mit schwerbehinderten Menschen in den Firmen nach Art der Branche zu erfahren bzw. vom Arbeitsamt die aktuelle Statistik zu bekommen. Bis jetzt wurde noch kein Ausschussvorsitzender gewählt.

- AS Finanzen

Herr Frank: Thema des Ausschusses ist derzeit Gutachten des kommunalen Prüfungsverbandes (Verweis auf Gespräch in dieser Sitzung mit Frau Titzsch).

## TOP 7 Sonstiges

Frau Brenner: Sie bittet darum, dass Überschneidungen bei den Terminen der verschiedenen Ausschusssitzungen vermieden werden, da manche der Teilnehmer in mehreren vertreten sind und fragt, ob man die Termine im Internet nachlesen könne.

Herr Berr: Es wird mittelfristig geplant, dass diese Sitzungen auch im Internet nachzulesen sind. Allerdings dauert es noch eine gewisse Zeit und der Vorstand bittet noch etwas um Geduld.

Herr Kurzer: Die Nürnberger Nachrichten (NN) und die Nürnberger Zeitung (NZ) hatten bis vor kurzem ein Zeitungsangebot, das sie blinden Menschen die Ausgaben digital zur Verfügung stellen. Aufgrund einer digitalen Umstellung können das blinde bzw. sehbehinderte Menschen nicht mehr nutzen. Auf Nachfrage teilte der Verlag mit, dass die Angelegenheit keine hohe Priorität hätte. Herr Kurzer bittet den Vorstand sich darum zu kümmern, wann eine digitale Nutzung wieder möglich sein wird.

Frau Dr. Jauch Hinweis, dass am 15./16.10.2011 der Tag der offenen Tür der Stadt Nürnberg stattfindet und Frage nach der Beteiligung des BRN.

Nächster Termin  
der Plenumsitzung: Dienstag, 31.05.2011 von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr im Rathaus (Sitzungssaal der Stadträte). Zu Beginn wird Herr OB Dr. Maly dabei sein.  
Eine entsprechende Einladung an alle Ratsmitglieder wird rechtzeitig erfolgen.

Für das Protokoll

Karin Breese

Jutta Ebentheuer

Günter Frank